

# Nix gut

Scharfe OECD-Rüge: Österreich setzt zu stark auf muttersprachliche Förderung – und auf Deutschkurse, die auf dem Arbeitsmarkt wenig bringen.

**„In den Einzelstunden habe ich zum ersten Mal über Zahnmedizin geredet, das hat wirklich viel gebracht“**

**Jelena Gajic, Zahnärztin**

VON EDITH MEINHART

**J**elena Gajic, 29, Zahnärztin aus Serbien, übersiedelte vor einem Jahr zu ihrem frisch angetrauten Ehemann nach Wien. Auch Damir Botica, 46, Maschinenbautechniker aus Kroatien, kam der Liebe wegen. Vor einem halben Leben hatte er die Frau seines Lebens aus den Augen verloren, über Facebook in Wien wiedergefunden und endlich geheiratet.

Die serbische Zahnärztin und der kroatische Facharbeiter sind Glückspilze. Und das liegt nur an den romantischen Umständen ihrer Zuwanderung: Jelena Gajic spricht fast fehlerfrei Deutsch, hat eine Stelle als Zahnarztassistentin und bereitet sich auf ihr Nostrifizierungsverfahren vor. Um als Ärztin arbeiten zu können, muss sie noch ein paar medizinische Fächer nachlernen.

Auch der kroatische Maschinenbautechniker schaffte einen Bilderbuch-Einstieg, hat aber noch keinen Job. Nach fünf Monaten versteht Botica „alles, was Leute sprechen“, er findet sich im Alltag zurecht und hat es geschafft, 26 Jahre Berufspraxis anerkennen zu lassen: „Jetzt suche ich eine Arbeit als Fräser oder Dreher. Ich habe 60 Bewerbungen geschrieben.“

Am Donnerstag vor zwei Wochen rügte die OECD, für die Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern und deren Kindern in Österreich werde zu wenig getan (siehe Kasten). Auch an den Deutschkursen, dem

obersten Credo der heimischen Integrationspolitik, lässt der Bericht kaum ein gutes Haar: Österreich lege bei Kindern zu viel Gewicht auf muttersprachliche Fähigkeiten und zu wenig auf Deutschunterricht. Bei Erwachsenen investiere man zu viel in Sprachtrainings, die am Arbeitsmarkt wenig bringen.

Die Experten schluckten, doch ganz überraschend kam die Kritik nicht. Thomas Liebig von der OECD schrieb an elf Länderstudien mit: „Österreich war das letzte Land, das wir uns angeschaut haben, deshalb können wir auf Erfahrungen zurückgreifen.“ Fazit: Nordische Länder investieren laut OECD-Schätzungen zehn Euro pro Kopf und Stunde

in Sprachunterricht, in Deutschland sind es drei bis fünf Euro. Österreich liegt mit sechs Euro im Mittelfeld: „Diese Mittel sollte man fokussierter einsetzen. Es wird zu viel in Kurse investiert, die ein allgemeines, nicht sehr hohes Sprachniveau anstreben und auf Vorkenntnisse und Jobperspektiven keine Rücksicht nehmen“, moniert Liebig. Das räche sich in seiner Statistik mit einer niedrigen Integrationsquote: „Drei Monate nach Abschluss eines Deutschkurses hat nur jeder fünfte Teilnehmer einen Job.“

Jelena Gajic gehört zu den Ausnahmefällen. Die Beratungsstelle „Perspektive“ half der jungen Zahnärztin aus Belgrad bei Behördenwegen, Nostrifizierungsansuchen und der Auswahl der Sprachtrainings. Gajic buchte Kurse am Sprachenzentrum der Universität. Zwei davon benotet sie mit „Sehr gut“, einer sei „okay“ gewesen, der vierte „eher sinnlos“, weil die Lehrerin „meistens über das redete, was bei ihr zu Hause los war“. Riesensprünge vorwärts habe sie vor allem in den Einzelstunden gemacht, von denen jede 50 Euro kostete: „Da habe ich gezielt über Zahnmedizin geredet, und das hat wirklich viel gebracht.“

Gajic' Einschätzung deckt sich mit Liebig's Daten: In Dänemark oder Norwegen etwa werden Sprachtrainings auf Zielgruppen zugeschnitten. Der Diplomingenieur aus Afrika und der Analphabet aus Kasachstan sitzen dort nicht im selben Kurs. In Österreich kommt das häufig vor. Liebig: „Berufsbezogene Sprachförderung am Arbeitsplatz gibt es auch hier, aber sie macht nur fünf Prozent des Angebots aus.“ Außerdem braucht man einen eigenen Berater, um in der Kurslandschaft das Passende zu finden, sagt Norbert Bichl, Leiter des Vereins „Perspektive“.

Die Rot-Weiß-Rot-Card verlangt Deutschkenntnisse vor der Einreise und ein A-2-Sprachdiplom nach zwei Jahren im Land. Damit ist das Modul eins der Integrationsvereinbarung erfüllt, gleichzeitig die Voraussetzung für einen dreijährigen Aufenthalt. Es gelten zahlreiche Ausnahmen und Sonderbestimmungen. Modul 2 – sprich: das Erreichen des Sprachlevels B 1 – ist eine freiwillige Übung. Wer einen Daueraufenthalt oder eine Staatsbürgerschaft anstrebt, muss sich ihr jedoch unterziehen. Daneben gibt es eine Fülle von Deutschkursen, die über das AMS gefördert werden. Um die Lage vollends verworren zu machen: Nicht alle werden vom Integrationsfonds anerkannt. Bichl: „Nichts ist aufeinander abgestimmt, es ist zum Haareräumen.“

Das findet auch die OECD. Die Studien-



SEBASTIAN RECH/FÜR PROFIL (2)

autoren kritisieren, auf Bundesebene fehle ein Integrationsprogramm, das auf den Arbeitsmarkt abzielt. Die Angebote in den Ländern, regionale und lokale Initiativen, wuchern fröhlich nebeneinander. Die Stadt Wien schuf vor Jahren – auch aus dieser Not heraus – eine Art Start-Coaching für Neuankömmlinge. Statt Zuwanderer durch „Einer für alle“-Kurse zu peitschen, wird seither zuerst ihr persönlicher Bedarf erhoben und danach ein Förderprogramm zusammengestellt.

Bei der Sprachförderung der Kleinsten setzt Österreich traditionell auch auf die Muttersprache. Die Idee dahinter: Wer in der Erstsprache firm ist, lernt auch die Zweitsprache gut. Auch das missfällt den OECD-Experten. Liebig: „Dass Migrantenkinder, die in ihrer Muttersprache gefördert werden, besser abschneiden als ungeforderte Gleichaltrige, ist eine These. Mehr nicht.“ Vor allem bei Kindern aus benachteiligten Haushalten würden die Erwartungen in muttersprachlichen Unterricht nicht erfüllt: „Da sollte der Staat lieber in den Deutschunterricht investieren, und zwar möglichst früh.“ Auch hier hinkt Österreich nach: 84 Prozent der dreijährigen Kinder von Österreichern besuchen einen Kindergarten, bei Kindern mit türkischem oder ex-jugoslawischem Hintergrund sind es nur 57 Prozent.

Völlig ideologiefrei ist über das Thema nicht zu streiten. Im englischen Sprachraum findet man Studien, die den Nutzen von Mehrsprachigkeit belegen, neben genau gegenteiligen Befunden, konstatiert Migrationsforscher Bernhard Perchinig. Ähnlich widersprüchlich ist das Bild im deutschsprachigen Raum: „In Deutschland ist man eher gegen Mehrsprachigkeit, in der Schweiz und in Österreich eher dafür.“

Katharina Brizic, Sprachforscherin an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, hält es für „verhängnisvoll“, die Muttersprache zu vernachlässigen: „Kein Diplomatenernterpaar der Welt käme auf die Idee, Mehrsprachigkeit könnte ihre Kinder beim beruflichen Aufstieg hindern. Das fällt immer nur Menschen mit geringem ökonomischem Status ein.“ Oft fehle dem Nachwuchs ein Platz zum Lesen, Unterstützung beim Lernen. Hier müsse man ansetzen, so Brizic: „Kinder lernen unter allen Umständen. Statt uns noch 200 Jahre lang zu beschweren, dass es Migration gibt, sollten wir uns fragen, wie unser Schulsystem es fertig bringt, sie daran zu hindern.“

Kenan Güngör weiß aus eigener Erfahrung, wie anstrengend es ist, Kinder zwei-

sprachig aufzuziehen: „Manchmal bin ich mehr Lehrer als Vater.“ Als Integrationsexperte will er den Nachwuchs mit Migrationshintergrund möglichst früh in eine deutschsprachige Umgebung bringen: „Das heißt: Kindergarten mit drei, spätestens vier Jahren.“ Ansonsten hält sich Güngör aus dem „Entweder-oder“ heraus: „Wichtig ist, dass Eltern überhaupt mit ihren Kindern sprechen, ihnen möglichst viel Input geben, egal in welcher Sprache.“ Dass es daran – auch in deutschsprachigen Haushalten – mangelt, zeigen Befunde aus Wien, wo Kinder auf sprachliche Fähigkeiten getestet werden, bevor sie in die Schule kommen. Dabei stellt sich regelmäßig heraus: 20 Prozent der Sprösslinge mit mangelhaften Kenntnissen haben Deutsch als Muttersprache. ■



**„Ich verstehe, was Leute sprechen, und habe schon 60 Bewerbungen geschrieben“**

**Damir Botica, Maschinenbautechniker**

## Aufholbedarf

Die Probleme mit der Integration am Arbeitsmarkt.

Zwischen Bregenz und Eisenstadt arbeiten 744.000 Beschäftigte mit Migrationshintergrund, die Mehrzahl davon kam nach dem Fall des Eisernen Vorhangs oder im Zuge der Balkan-Kriege ins Land. Laut OECD-Bericht liegt die Erwerbsquote der männlichen Zuwanderer mit 75 Prozent knapp über dem OECD-Schnitt. Ein auf den ersten Blick erfreulicher Befund, der sich sowohl der günstigen Arbeitsmarktlage verdankt als auch der Tatsache, dass die meisten Zuwanderer im erwerbsfähigen Alter aus einkommensstarken Ländern oder den Nachfolgestaaten Jugoslawiens stammen. Diese beiden Gruppen behaupten sich auch in anderen Ländern gut. Probleme am Arbeitsmarkt hingegen haben Zuwanderer aus ärmeren Weltgegenden, Frauen und die zweite Generation. 12 Prozent der Migrantenkinder zwischen 20 und 29 Jahren sind ohne Job und Ausbildungsplatz; bei den gleichaltrigen Einheimischen beträgt der Anteil drei Prozent. Selbst Migrantenkinder mit höherem Schulabschluss fallen auf dem Arbeitsmarkt zurück; für die OECD ein klarer Hinweis auf Diskriminierung, die in Österreich jedoch „unzureichend thematisiert“ werde. Außerdem arbeiten in kaum einem anderen Land so viele Zuwanderer unter ihrem Ausbildungsniveau.

